

„Das Angebot schafft die Nachfrage“

Die Neos fordern mehr Tempo beim Ausbau der Kinderbetreuung. Außerdem fehle es an Daten.

DORNBIRN Wer für Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz sucht, muss manchmal lange suchen. Das neue Kinderbetreuungsgesetz soll das ändern. Die Neos-Abgeordneten Johannes Gasser (Landtag) und Martina Künsberg Sarre (Nationalrat) erzählen im VN-Interview, wo ihrer Ansicht nach angesetzt werden sollte.

Die AK präsentierte eine Studie zur Kinderbetreuung im Land. Wie beurteilen Sie das Ergebnis?

GASSER Sie zeigt, dass die soziale Staffelung nicht die Wirkung entfaltet, die sie sollte. Als das AMS vor einem Jahr den Kinderbetreuungszuschuss kürzte, haben wir das Land aufgefordert, mit der Staffelung gegenzusteuern. Das ist nicht passiert. 327 von über 15.000 Kindern nahmen die Staffelung in Anspruch. Die Einkommensgrenzen sind nicht realistisch.

Was muss sich ändern?

GASSER Dass die soziale Staffelung nicht zum Ziel führt, ist klar. Ob die Kinderbetreuung komplett gratis im Sinne von null Euro sein muss oder einen symbolischen Beitrag kostet, ist nicht so wichtig. Aber damit könnte man sich auch die ganze Bürokratie sparen!

KÜNSBERG SARRE Wenn man den Kindergarten als erste Bildungseinrichtung sieht, wäre es logisch, dass er wie die Volksschule für die Eltern nichts kostet. Außerdem kostet das derzeitige System mit den ganzen Unterschieden in den Altersstufen Unmengen an Geld und verursacht

unfassbar viel Bürokratie. Stattdessen sollte man das Geld in qualitative und quantitative Verbesserungen investieren.

Speziell in kleineren Gemeinden wird oft damit argumentiert, dass die Nachfrage fehle.

KÜNSBERG SARRE Das ist das alte Thema. Was muss zuerst sein? Natürlich das Angebot! Dann können Eltern, speziell Mütter, auch einen Job annehmen. Ich sehe nicht ein, warum sie in Vorleistung gehen sollen. Da muss schon die Politik einen Platz schaffen. Dann sind vielleicht nicht alle Plätze sofort besetzt. Aber das wird sich entwickeln.

GASSER Bei der Kinderbetreuung schafft das Angebot die Nachfrage. Solange ich keinen Betreuungsplatz habe, kann ich mich nicht entscheiden, wie, wann und in welchem Ausmaß ich in den Job einsteige. Ohne Angebot wird es keine Nachfrage geben. Deshalb sind auch die Bedarfserhebungen nicht zielführend. Es sollte eine Bedarfsplanung sein. Das hat sich die Arbeiterkammer ja auch genau angesehen.

Kinderbetreuung ist Länder- und Gemeindefache. Sollte der Bund steuernd eingreifen?

KÜNSBERG SARRE Der Bund zahlt auf Basis einer 15a-Vereinbarung, erhält aber wenig Informationen. Zumindest ein gemeinsames Bekenntnis könnte man formulieren, dass der Kindergarten die erste Bildungseinrichtung ist, und Benchmarks entwickeln. Das muss man dann aber auch leben. Es nützt



Martina Künsberg Sarre und Johannes Gasser hoffen, dass sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bald bessert.

Also fehlen bundesweite Vorgaben?

KÜNSBERG SARRE Wichtig ist, dass es zunächst einmal Zahlen gibt und dass man die Bundesländer vergleichen kann. Dafür brauche ich ein bundesweites Qualitätsrahmengesetz.

GASSER Das Datenproblem zieht sich durch. Uns fehlt schon die Vergleichbarkeit innerhalb der Bundesländer. Selbst die Altersstruktur der Pädagoginnen kennen wir nicht. Wie groß wird der Mangel in ein paar Jahren sein? Diese Informationen brauchen wir für die Steuerung.

Haben wir nach der Coronakrise überhaupt das Geld für einen weiteren großen Ausbau?

KÜNSBERG SARRE Für den quantitativen und den qualitativen Ausbau muss man natürlich Geld in die Hand nehmen. Deshalb fordern wir auch einen Coronafolgen-Hilfsfonds für den Kindergartenbereich in der Höhe von zusätzlich 100 Millionen Euro.

GASSER Es gibt eine Studie von EcoAustria, die besagt, dass die Ausweitung der Öffnungszeiten und Reduzierung der Schließtage in Vorarlberg gar nicht so teuer kommen würde, wenn man Effizienzpotenziale nützt. Aktuell ist das Angebot in Vorarlberg nämlich vergleichsweise teuer. Zudem zahlt sich der Ausbau im frühpädagogischen Bereich langfristig aus, weil wir uns danach einiges ersparen.

nichts, wenn wir für die hervorragende Arbeit der Pädagoginnen einmal aus dem Fenster klatschen und dann passiert nichts. Die Ar-

beitsbedingungen müssen sich bessern. Es versteht kein Mensch, weshalb eine Elementarpädagogin weniger verdient als eine Lehrerin.